
S 12 AL 161/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	20
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 12 AL 161/20
Datum	22.09.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 20 AL 201/22
Datum	13.05.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 22.09.2022 wird zurÄckgewiesen.

Kosten haben die Beteiligten einander auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Die KlÄgerin begehrt die Feststellung eines erheblichen Arbeitsausfalls und der betrieblichen Voraussetzungen fÄr die GewÄhrung von Kurzarbeitergeld (Kug) fÄr den Monat April 2020.

Ä

Die KlÄgerin (vormals X. GmbH) mit Sitz in Z. produziert im Auftrag Dritter GeldgewinnspielgerÄte und andere Produkte einschlieÃlich Vertrieb und Service. Sie beschÄftigte im Jahr 2020 in der Betriebsabteilung âVertriebâ zunÄchst

72 Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen betriebsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden. Am 23.03.2020 vereinbarte die Klägerin mit ihren Arbeitnehmern für diese Betriebsabteilung Kurzarbeit unter Herabsetzung der Arbeitszeit auf null ab dem 01.04.2020 bis voraussichtlich Dezember 2020.

Ä

Mit Schreiben vom 21.04.2020 zeigte die Klägerin bei der Agentur für Arbeit S. einen Arbeitsausfall und die Reduzierung der regelmäßigen betriebsüblichen Wochenarbeitszeit auf null für voraussichtlich 41 Beschäftigte an. Zu den Ursachen des Arbeitsausfalls verwies sie auf Einschränkungen wegen der Covid-19-Pandemie und damit verbundene finanzielle Einbußen. Verwertbarer Resturlaub stehe den betroffenen Arbeitnehmern nicht zur Verfügung. Die Anzeige über Arbeitsausfall wurde am 23.04.2020 als Einwurf-Einschreiben zur Post gegeben; sie ging am 02.05.2020 bei der Agentur für Arbeit in S. ein.

Ä

Durch Bescheid vom 07.05.2020 stellte die Beklagte fest, dass bei der Klägerin vom 01.05.2020 bis (höchstens) zum 31.12.2020 ein erheblicher Arbeitsausfall vorliege und die betrieblichen Voraussetzungen für die Gewährung von Kug ab Mai 2020 erfüllt seien. Für den Kalendermonat April 2020 lehnte die Beklagte den Antrag mit der Begründung ab, dass die Anzeige über Arbeitsausfall erst im Mai 2020 bei ihr eingegangen sei. Kug könne gemäß [§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) frühestens von dem Kalendermonat an geleistet werden, in dem die Anzeige bei der Agentur für Arbeit eingegangen sei. Dagegen legte die Klägerin am 02.06.2020 Widerspruch ein. Einen Leistungs- sowie einen Korrekturantrag auf Kug für den Kalendermonat April 2020 über insgesamt 29.834,96 € bzw. 30.070,81 € lehnte die Beklagte ebenfalls unter Hinweis auf die verspätete Anzeige über den Arbeitsausfall ab (Bescheide vom 19.06.2020 und 08.07.2020). Gegen den den Korrekturantrag ablehnenden Bescheid vom 08.07.2020 erhob die Klägerin Widerspruch.

Ä

Durch Widerspruchsbescheid vom 19.06.2020 wies die Beklagte den Widerspruch der Klägerin gegen den Anerkennungsbescheid vom 07.05.2020 als unbegründet zurück. Entscheidend sei nach [§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) der Eingang der Anzeige über Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit, nicht hingegen der Zeitpunkt der Versendung der Anzeige. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach [§ 27 SGB X](#) komme nicht in Betracht. Die Klägerin sei auch nicht im Wege eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs so zu stellen, als habe sie die Anzeige über Arbeitsausfall rechtzeitig erstattet.

Ä

Dagegen hat die Klägerin am 14.07.2020 vor dem Sozialgericht Detmold Klage erhoben. Ihr sei Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand zu gewähren. Bei der

Anzeigefrist des [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) handele es sich um eine gesetzliche Frist im Sinne des [Â§ 27 Abs. 1 SGB X](#). Nach dem Wortlaut der Vorschrift und dem Willen des Gesetzgebers sei eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zudem nicht nach [Â§ 27 Abs. 5 SGB X](#) ausgeschlossen. Während [Â§ 325 Abs. 3 SGB III](#) seit 2006 ausdrücklich eine Ausschlussfrist für den Leistungsantrag auf Kug vorsehe, habe der Gesetzgeber eine solche Regelung für die Anzeige über Arbeitsausfall in [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) gerade nicht getroffen. Die Sozialgerichte Nürnberg (Urteil vom 25.11.2020 â [S 19 AL 182/20](#)) und Landshut (Urteil vom 29.10.2021 â [S 16 AL 66/21](#)) stützten ihre gegenteilige Auffassung auf eine Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 14.02.1989 â [7 RAr 18/87](#), die vor der Änderung des [Â§ 325 Abs. 3 SGB III](#) ergangen und daher nicht einschlägig sei. Die Voraussetzungen für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach [Â§ 27 SGB X](#) seien erfüllt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen sei die am 23.04.2020 aufgegebene Anzeige über Arbeitsausfall erst am 02.05.2020 bei der Agentur für Arbeit eingegangen. Die Klägerin habe die späteste Zustellung nicht verschuldet; denn sie habe die Anzeige über Arbeitsausfall am 23.04.2020 (einem Donnerstag) und damit mehr als sieben Tage vor Fristablauf zur Post gegeben. Nach den Vorgaben der Deutschen Post AG (vgl. [Â§ 2 Nr. 3 Post-Universaldienstleistungsverordnung](#) â PUDLV) habe sie vielmehr davon ausgehen dürfen, dass der Agentur für Arbeit die Anzeige spätestens zwei Werktage nach Aufgabe zur Post vorliege. Ohne konkrete Anhaltspunkte sei nicht mit Postlaufzeiten von â wie hier â sechs Arbeitstagen zwischen Einwurf der Postsendung und Zustellung zu rechnen. Es könne nicht Sinn und Zweck des [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) sein, gänzlich außerhalb der Norm liegende Postlaufzeiten der Deutschen Post AG der Klägerin zuzurechnen. Abgesehen davon sei die Beklagte ihren Aufklärungs- und Beratungspflichten nach [Â§ 13, 14 SGB I](#) nicht nachgekommen, weil sie eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand pauschal abgelehnt habe. Schließlich könne sich die Beklagte unter dem Gesichtspunkt von Treu und Glauben nicht auf die Versäumung der Anzeigefrist berufen.

Â

Die Klägerin hat (in der Fassung durch das Sozialgericht) beantragt,

Â

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 07.05.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.06.2020 zu verurteilen, bereits ab dem 01.04.2020 bis längstens 31.12.2020 Kug zu bewilligen.

Â

Die Beklagte hat schriftlich beantragt,

Â

die Klage abzuweisen.

Â

Sie hat die angefochtenen Bescheide fÃ¼r zutreffend erachtet. Der rechtzeitige Eingang der Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall sei materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung; eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemÃ¤Ã [Â§ 27 Abs. 5 SGB X](#) sei daher ausgeschlossen. Dass die KlÃ¤gerin die Anzeige fÃ¼r April 2020 rechtzeitig zur Post gegeben habe und der Eingang bei der Beklagten erst am 02.05.2020 eventuell auf einem Verschulden der Post beruhe, sei daher unerheblich.

Â

Durch Urteil vom 22.09.2022, das im EinverstÃ¤ndnis der Beteiligten ohne mÃ¼ndliche Verhandlung ergangen ist, hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. FÃ¼r den Monat April 2020 kÃ¶nne Kug gemÃ¤Ã [Â§ 99 Abs. 3 SGB III](#) nicht gewÃ¤hrt werden, weil die Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall erst im Mai 2020 bei der zustÃ¤ndigen Agentur fÃ¼r Arbeit eingegangen sei. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand scheidet schon deshalb aus, weil es sich bei [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) nicht um eine gesetzliche Frist i.S.v. [Â§ 27 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#), sondern um eine materielle Anspruchsvoraussetzung handele. Als solche kÃ¶nne die rechtzeitige Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall auch nicht im Wege eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs fingiert werden. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die GrÃ¼nde der Entscheidung Bezug genommen.

Â

Gegen das ihr am 20.10.2022 zugestellte Urteil hat die KlÃ¤gerin am 15.11.2022 Berufung eingelegt. Sie ist weiterhin der Auffassung, dass ihr Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewÃ¤hren sei. Die Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 18.01.2011 â [BÅ 4 AS 99/10 R](#), auf welche das Sozialgericht seine abweichende Auffassung stÃ¼tze, verhalte sich lediglich zu [Â§ 37 Abs. 2 SGB II](#) und kategorisiere diese Vorschrift zudem nicht als materiell-rechtliche Ausschlussfrist. Selbst wenn [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) â wie [Â§ 37 Abs. 2 SGB II](#) â als materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung zu qualifizieren wÃ¤re, wÃ¤re die Wirkung jener Vorschrift mit einer gesetzlichen Frist i.S.v. [Â§ 27 Abs. 1 SGB X](#) vergleichbar.

Â

Die KlÃ¤gerin beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 22.09.2022 aufzuheben und den Bescheid der Beklagten vom 07.05.2020 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.06.2020 dahingehend zu Ã¤ndern, dass ein erheblicher Arbeitsausfall und die betrieblichen Voraussetzungen fÃ¼r die GewÃ¤hrung von Kug auch fÃ¼r den Monat April 2020 festgestellt wird.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Berufung der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

Â

Sie hÃ¤lt das erstinstanzliche Urteil fÃ¼r zutreffend.

Â

Die Beteiligten haben sich in der nichtÃ¶ffentlichen Sitzung vom 13.05.2024 mit einer Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung einverstanden erklÃ¤rt.

Â

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie des beigezogenen Verwaltungsvorgangs der Beklagten Bezug genommen. Der Inhalt liegt der vorliegenden Entscheidung zugrunde.

Â

Â

Â

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Â

A) Der Senat kann ohne mÃ¼ndliche Verhandlung Ã¼ber die Berufung der KlÃ¤gerin entscheiden, weil die Beteiligten sich zuvor mit dieser Vorgehensweise einverstanden erklÃ¤rt haben ([Â§ 124 Abs. 2 SGG](#)).

Â

B) Die Berufung der KlÃ¤gerin, die in zulÃ¤ssiger Weise Rechte der Arbeitnehmer ihres Betriebs auf Kug im Wege der Prozessstandschaft geltend macht, ohne dass deren Beiladung nach [Â§ 75 Abs. 2 SGG](#) notwendig wÃ¤re (vgl. nur BSG, Urteil vom 14.09.2010 â [B 7 AL 21/09 R](#) Rn. 10 m.w.N.), ist unbegrÃ¼ndet. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen; denn ein Anspruch auf Feststellung eines erheblichen Arbeitsausfalls und der betrieblichen Voraussetzungen fÃ¼r die GewÃ¤hrung von Kug fÃ¼r den Kalendermonat April 2020 besteht nicht.

Â

I. Streitgegenstand ist ausschließlich der Bescheid vom 07.05.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.06.2020, mit dem die Beklagte einen erheblichen Arbeitsausfall und die betrieblichen Voraussetzungen eines Anspruchs auf Kug f¹/₄r den Kalendermonat April 2020 im Anerkennungsverfahren ^â als erster Stufe des Verwaltungsverfahrens ^â abgelehnt hat. Hiergegen wendet sich die Kl^âgerin zul^âssigerweise mit einer kombinierten Anfechtungs- und Verpflichtungsklage ([Â§ 54 Abs. 1](#), [Â§ 56 SGG](#)) mit dem Ziel, einen Anerkennungsbescheid gem^â [Â§ 99 Abs. 3 SGB III](#) zu erhalten (vgl. zur Klageart BSG, Urteil vom 28.07.1987 ^â [7 RAr 92/85](#) Rn. 14). Dieses Klageziel hat die Kl^âgerin mit dem zweitinstanzlich zuletzt gestellten Klageantrag unmissverst^ândlich zum Ausdruck gebracht. Gegen die im Leistungsverfahren ^â der zweiten Stufe des Verwaltungsverfahrens ^â ergangenen Bescheide vom 19.06. und 08.07.2020, mit denen die Beklagte die Zahlung von Kug f¹/₄r den Kalendermonat April 2020 abgelehnt hat, wendet sich die Kl^âgerin hingegen mit ihrer Klage und Berufung nicht (zum zweistufig gestalteten Verwaltungsverfahren bei der Bewilligung von Kug vgl. Urteil des Senats vom 30.10.2023 ^â [L 20 AL 174/22](#) Rn. 44 f. und Rn. 48).

Â

II. Die angefochtenen Bescheide der Beklagten sind rechtm^âig und verletzen die Kl^âgerin nicht gem^â [Â§ 54 Abs. 2 SGG](#) in ihren Rechten. Die Beklagte hat es zu Recht abgelehnt, einen erheblichen Arbeitsausfall und die betrieblichen Voraussetzungen f¹/₄r die Gew^âhrung von Kug f¹/₄r den Monat April 2020 festzustellen.

Â

1. Eine etwaige Bestandskraft der im Verlauf des Widerspruchsverfahrens ergangenen Bescheide, mit denen die Beklagte im Leistungsverfahren die Zahlung von Kug f¹/₄r den Monat April 2020 abgelehnt hat, hat keinen Einfluss auf das Anerkennungsverfahren. Selbst wenn jene Verwaltungsakte bestandskr^âftig geworden sein sollten, w^âre die Beklagte verpflichtet, die im Leistungsverfahren ergangenen Bescheide nach [Â§ 44 Abs. 1 SGB X](#) von Amts wegen zu ^âberpr^âfen (arg. ex [Â§ 44 Abs. 4 Satz 3 SGB X](#)), sofern die Kl^âgerin im vorliegenden Verfahren obsiegen sollte (vgl. Urteil des Senats vom 30.10.2023 ^â [L 20 AL 174/22](#) Rn. 51). Zudem hat die Kl^âgerin ggf. die M^âglichkeit, die ^âberpr^âfung jener Verwaltungsakte innerhalb der Ausschlussfrist von vier Jahren ([Â§ 44 Abs. 4 SGB X](#)) zu beantragen.

Â

2. Rechtsgrundlage des geltend gemachten Anspruchs ist [Â§ 95 Satz 1 SGB III](#). Danach haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf Kug, wenn ein erheblicher Arbeitsausfall mit Entgeltausfall vorliegt (Nr. 1), die betrieblichen (Nr. 2) sowie die (allerdings erst im Leistungsverfahren zu pr^âfenden) pers^ânlichen

Voraussetzungen (Nr. 3) erfüllt sind und der Arbeitsausfall der Agentur für Arbeit angezeigt worden ist (Nr. 4). Erheblich ist ein Arbeitsausfall nach [Â§ 96 Abs. 1 Satz 1 SGB III](#), wenn er auf wirtschaftlichen Gründen (Alt. 1) oder einem unabwendbaren Ereignis (Alt. 2) beruht, vorübergehend (Nr. 2) und nicht vermeidbar (Nr. 3) ist sowie im jeweiligen Kalendermonat (Anspruchszeitraum) mindestens ein Drittel der in dem Betrieb der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einem Entgeltausfall von jeweils mehr als zehn Prozent ihres monatlichen Bruttoentgelts betroffen ist (Nr. 4); der Entgeltausfall kann auch jeweils 100 Prozent des monatlichen Bruttoentgelts betragen (Nr. 4 letzter HS).

Â

a) Zwischen den Beteiligten ist insofern zu Recht unstrittig, dass die betrieblichen Voraussetzungen ([Â§ 95 Satz 1 Nr. 2 SGB III](#)) erfüllt sind, weil in der Betriebsabteilung "Vertrieb" der Klägerin, die i.S.d. [Â§ 95 ff. SGB III](#) als Betrieb anzusehen ist ([Â§ 97 Satz 2 SGB III](#)), bereits im April 2020 mindestens ein Arbeitnehmer beschäftigt war (vgl. [Â§ 97 Satz 1 SGB III](#)).

Â

b) Es lag "dies" wird von der Beklagten ebenfalls zu Recht nicht in Abrede gestellt "ferner" ein erheblicher Arbeitsausfall ([Â§ 95 Satz 1 Nr. 1 SGB III](#)) vor.

Â

aa) Der Arbeitsausfall ab dem 01.04.2020 beruhte auf staatlichen Auflagen infolge der Covid-19-Pandemie und damit auf einem für die Klägerin unabwendbaren Ereignis i.S.v. [Â§ 96 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1](#) i.V.m. [Â§ 96 Abs. 3 Satz 2 SGB III](#). Ein unabwendbares Ereignis liegt danach auch vor, wenn ein Arbeitsausfall durch behördliche oder behördlich anerkannte Maßnahmen verursacht ist, die vom Arbeitgeber nicht zu vertreten sind. Dies war hier der Fall. Denn die Klägerin musste die Betriebsabteilung "Vertrieb" wegen fehlender Aufträge ihrer Kunden, die ihre Gast- bzw. sonstigen Betriebsstätten aufgrund der Corona-Schutzverordnung "d.h. die am 23.03.2020 in Kraft getretene Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 22.03.2020 (GV. NRW. S. 178a), geändert bzw. neugefasst durch Verordnungen vom 30.03.2020 (GV. NRW. S. 202), 16.04.2020 (GV. NRW. S. 222a) und 24.04.2020 (GV. NRW. S. 333b) und aufgehoben durch Verordnung vom 08.05.2020 (GV. NRW. S. 340a) zum 11.05.2020 "schließen" mussten, im gesamten, hier betroffenen Kalendermonat April 2020 erheblich einschränken und die Arbeitszeit zahlreicher Mitarbeiter herabsetzen.

Â

bb) Der Arbeitsausfall war vorübergehend und betraf laut (korrigiertem) Kug-Antrag für April 2020 insgesamt 40 Arbeitnehmer, also mehr als ein Drittel der dort insgesamt beschäftigten 72 Mitarbeiter mit einem Entgeltausfall von ca. 46.000 €.

Â

cc) Der Arbeitsausfall war nicht vermeidbar ([Â§ 96 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III](#)). Insbesondere stand verwertbarer Resturlaub (vgl. [Â§ 96 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SGB III](#)) für die Arbeitnehmer nicht zur Verfügung.

Â

dd) Die Klägerin hat den Arbeitsausfall schließlich auch bei der Agentur für Arbeit S., in deren Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat, schriftlich angezeigt (vgl. [Â§ 99 Abs. 1 Satz 1 SGB III](#)).

Â

ee) Die Anzeige vom 21.04.2020 ist jedoch erst am 02.05.2020 bei der Beklagten eingegangen mit der Folge, dass ein erheblicher Arbeitsausfall und die betrieblichen Voraussetzungen für Kug nach [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) wie im angefochtenen Anerkennungsbescheid auch geschehen erst ab dem 01.05.2020, nicht hingegen schon für den Kalendermonat April 2020 festzustellen sind dazu unter (1). Die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung in [Â§ 99 Abs. 2 Satz 2 SGB III](#) sind nicht erfüllt dazu unter (2). Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kommt nicht in Betracht, weil [Â§ 27 SGB X](#) auf die Anzeige über Arbeitsausfall i.S.v. [Â§ 99 Abs. 1 SGB III](#) bereits nicht anwendbar ist dazu unter (3). Eine sog. Nachsichtgewährung ([Â§ 242 BGB](#)) kommt nicht in Betracht dazu unter (4). Die Voraussetzungen eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs sind schon mangels eines Beratungsfehlers der Beklagten nicht erfüllt dazu unter (5).

Â

(1) Gemäß [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) wird Kug frühestens von dem Kalendermonat an geleistet, in dem die Anzeige über Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit eingegangen ist, hier also ausgehend vom Zeitpunkt des Eingangs am 02.05.2020 ab dem 01.05.2020. Maßgeblich ist der tatsächliche Zeitpunkt des Eingangs bei der Agentur für Arbeit. Das ergibt sich unmissverständlich aus dem Wortlaut des [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) (eingegangen ist), der deutlich macht, dass die Rechtsfolge der Anzeige, nämlich die Entstehung des Kug-Anspruchs, erst mit Eingang der Anzeige bei der Agentur für Arbeit eintreten soll (so u.a. Bieback in Gagel, SGB III, Arbeitsförderung, Großkommentar, 89. Ergänzungslieferung, 2023, Â§ 99 Rn. 23). Auf die in der Literatur umstrittene Frage, ob es sich bei der Anzeige über den Arbeitsausfall um eine Tatsachenerklärung handelt (vgl. dazu ausführlich Estelmann in Eicher/Schlegel, SGB III, Loseblatt, Â§ 99 Rn. 42 m.w.N., sowie Ladtke in LPK-SGB III, 2. Aufl. 2015, Â§ 98 Rn. 4), oder ob die Anzeige als empfangsbedingte, öffentlich-rechtliche Willenserklärung zu qualifizieren ist (so Bieback, a.a.O., Â§ 99 Rn. 11; vgl. ferner BSG; Urteil vom 21.01.1987 [7 RA R 76/85](#) Rn. 18 zu [Â§ 64 Abs. 1 Nr. 4 AFG](#)), auf welche die allgemeinen Grundsätze des Bürgerlichen Rechts und damit auch die Regelung des [Â§ 130 Abs. 1 BGB](#)

unmittelbar oder zumindest entsprechend Anwendung finden, kommt es daher nicht an (so auch ausdrücklich Estelmann, a.a.O., Rn. 43). Im hier betroffenen Monat April 2020 ging eine Anzeige der Klägerin über Arbeitsausfall nicht ein.

Ä

(2) Die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung des [Â§ 99 Abs. 2 Satz 2 SGB III](#) sind nicht erfüllt. Danach gilt die Anzeige für den entsprechenden Kalendermonat als erstattet, wenn der Arbeitsausfall auf einem unabwendbaren Ereignis beruht und die Anzeige unverzüglich erstattet worden ist.

Ä

Der Arbeitsausfall bei der Klägerin im April 2020 beruht jedoch nicht im Sinne jener Vorschrift auf einem unabwendbaren Ereignis, welches sie an der rechtzeitigen Anzeige des Arbeitsausfalls gehindert hat. [Â§ 99 Abs. 2 Satz 2 SGB III](#) nimmt Rücksicht darauf, dass ein Betrieb etwa aufgrund eines Brandes oder einer Naturkatastrophe so weit beeinträchtigt ist, dass nicht einmal die Mindestangaben für die Anzeige gemacht werden können oder sogar niemand in der Lage ist, Kurzarbeit innerbetrieblich wirksam anzuordnen und die Erstattung der Anzeige vorzunehmen (Petzold in Hauck/Noftz, SGB III, 2. Ergänzungslieferung 2024, Â§ 99 Rn. 16). Die Klägerin war jedoch unstreitig nicht gehindert, die Anzeige rechtzeitig auf den Weg zu bringen und hat diese auch am 23.04.2020 also deutlich vor Ende des vom Arbeitsausfall betroffenen Monats bei der Post aufgegeben. Die anschließend verzögerte Übermittlung durch die Post ist von vornherein kein unabwendbares Ereignis, das die zeitgerechte Versendung der Anzeige unmöglich machte.

Ä

(3) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist der Klägerin nicht zu gewähren. [Â§ 27 Abs. 1 SGB X](#) ist auf die Anzeige über Arbeitsausfall von vornherein nicht anwendbar. Nach jener Vorschrift ist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn jemand ohne Verschulden verhindert war, eine gesetzliche Frist einzuhalten. [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) bestimmt aber schon keine gesetzliche Frist im Sinne jener Vorschrift.

Ä

(a) Zwar erfasst [Â§ 27 Abs. 1 SGB X](#) (seit Inkrafttreten am 01.01.1981) nicht nur die Versäumung von Verfahrensfristen, sondern auch die Versäumung materieller Fristen (vgl. u.a. BSG, Urteil vom 05.02.2004 [BÄ 11 AL 47/03 R](#) Rn. 12; ferner BSG, Urteile vom 16.12.1999 [B 14 EG 3/98 R](#) Rn. 28 und vom 25.08.1993 [13 RJ 27/92](#) Rn. 27). Nach ihrem unmissverständlichen Wortlaut lässt die Vorschrift die Nichteinhaltung einer gesetzlichen Frist gelten, wohingegen die prozessuale Wiedereinsetzungsvorschrift des [Â§ 67 Abs. 1 SGG](#) die Versäumung einer gesetzlichen Verfahrensfrist verlangt (vgl. BSG, Urteil vom 05.02.2004, a.a.O., Rn. 13, und Urteil vom 21.02.1991 [7 RAr 74/89](#) Rn. 30).

Zudem kann es nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben, mit [Â§ 27 SGB X](#) nur Verfahrensfristen zu erfassen, den sehr viel grÃ¶Ãeren und wichtigeren Bereich der materiellen Fristen hingegen ungeregelt zu lassen (BSG, Urteil vom 21.02.1991, [a.a.O.](#)).

Â

(b) [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) bestimmt jedoch von vornherein keine verfahrensrechtliche oder materielle Frist; vielmehr setzt die Vorschrift eine materielle Anspruchsvoraussetzung, die neben anderen Voraussetzungen den Anspruch auf Kug begrÃ¼ndet (vgl. KÃ¼hl in Brand, SGB III, 9. Auflage 2021, Â§ 99 Rn. 4; Peters-Lange in Henssler/Willemsen/Kalb, Arbeitsrecht Kommentar, 10. Auflage 2022, [Â§ 99 SGB III](#) Rn. 3; SG Landshut, Urteil vom 29.10.2021 â [S 16 AL 66/21](#) Rn. 24; SG NÃ¼rnberg, Urteil vom 25.11.2020 â [S 19 AL 182/20](#) Rn 21; vgl. zur Qualifizierung der Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall als materiell-rechtliche Voraussetzung ferner BSG, Urteil vom 21.01.1987 â [7 RAr 76/85](#) Rn. 18 zu [Â§ 64 Abs. 1 Nr. 4 AFG](#), unter Hinweis auf [BT-Drs. V/2291 S. 71](#); ebenso LSG Bayern, Urteile vom 09.08.2023 â LÃ 10 AL 167/21 Rn. 20 und vom 09.08.2023 â L 10 AL 56/21 Rn. 19). Denn die Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall selbst bzw. deren Zugang ist an keine Frist gebunden. Anders als beispielsweise [Â§ 325 Abs. 3 SGB III](#) (wonach Kug â auf der zweiten Stufe des Verwaltungsverfahrens â fÃ¼r den jeweiligen Kalendermonat innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten zu beantragen ist) bestimmt [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) gerade nicht, dass die Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall binnen einer gesetzlich vorgegebenen Frist erstattet werden soll oder muss (so auch Bieback, a.a.O., Â§ 99 Rn. 31; eine gesetzliche Frist bzw. âFristgebundenheitâ verneinen ferner MÃ¼ller-Grune, a.a.O. Rn. 42, KÃ¼hl, a.a.O. Rn. 7, Estelmann, a.a.O., Â§ 99 Rn. 74, sowie Baar/Mutschler in Heinz/Schmidt-DeCaluwe/Scholz, SGBÃ III, ArbeitsfÃ¼rderung, 7. Auflage 2020, Â§ 99 Rn. 24) â mit der Folge, dass das von Kurzarbeit betroffene Unternehmen nach Ablauf des betroffenen Kalendermonats von der Geltendmachung des materiellen Anspruchs seiner Arbeitnehmer grundsÃ¤tzlich ausgeschlossen ist, mithin den materiellen Anspruch verliert. Es steht dem Arbeitgeber vielmehr frei, zu welchem Zeitpunkt er den Arbeitsausfall bei der Agentur fÃ¼r Arbeit anzeigt. Der Zeitpunkt des Eingangs der Anzeige bestimmt allerdings den Beginn der Leistung. Mit anderen Worten: Die Rechtsfolge der Anzeige (d.h. auch die Entstehung des Kug-Anspruchs) soll erst mit Eingang der Anzeige bei der Agentur fÃ¼r Arbeit eintreten (so ausdrÃ¼cklich Bieback, a.a.O., Rn. 23). Dass ein Arbeitgeber, der den Anspruch auf Kug fÃ¼r einen bestimmten Monat sichern will, wegen 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III dafÃ¼r Sorge tragen muss, dass die Arbeitsausfallanzeige spÃ¤testens am letzten Tag dieses Monats der Agentur fÃ¼r Arbeit zugeht, reicht fÃ¼r die Annahme einer gesetzlichen Frist i.S.v. [Â§ 27 SGB X](#) nicht aus (so aber â soweit ersichtlich einzig â Estelmann, a.a.O. Rn. 78).

Â

(c) Dass [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) keine gesetzliche Frist bestimmt, steht Ã¼berdies im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu der VorgÃ¤ngerregelung des [Â§ 66 Satz 1 AFG](#) in der bis zum 31.12.1997 geltenden

Fassung (BSG, Urteil vom 14.02.1989 [âĀĀ 7 RAr 18/87](#) Rn. 26). Nach jener Vorschrift wurde Kug in einem Betrieb frÃ¼hestens von dem Tag an gewÃ¤hrt, an dem die Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall beim Arbeitsamt eingegangen war. [ÂĀ 66 Satz 1 AFG](#) weicht zwar insofern von [ÂĀ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) ab, als Kug danach frÃ¼hestens von dem Tag des Eingangs der Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall beim Arbeitsamt gewÃ¤hrt wurde, wÃ¤hrend [ÂĀ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) als frÃ¼hestmÃ¶glichen Leistungsbeginn den Ersten des Monats festlegt, in dem die Anzeige bei der Agentur fÃ¼r Arbeit eingegangen ist. Abgesehen von dem unterschiedlichen Zeitpunkt des frÃ¼hestmÃ¶glichen Leistungsbeginns ist [ÂĀ 66 Satz 1 AFG](#) jedoch mit [ÂĀ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) identisch. Beide Regelungen knÃ¼pfen den Leistungsbeginn an den Eingang der Anzeige beim Arbeitsamt bzw. der Agentur fÃ¼r Arbeit. Zu [ÂĀ 66 Satz 1 AFG](#) hat das Bundessozialgericht (a.a.O., unter Hinweis auf [BT-Drs V/2291 S. 71](#) zu [ÂĀ 49 Abs. 1 Nr. 4](#)) aber ausdrÃ¼cklich betont, dass es sich hierbei nicht um eine gesetzliche Frist handle; die Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall sei vielmehr eine materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung, und aus diesem Grund mÃ¼sse sie an dem Tag vorliegen, von dem an Kug gewÃ¤hrt werden solle (vgl. zum Charakter der Anzeige nach [ÂĀ 66 Satz 1 AFG](#) als materielle Voraussetzung ferner BSG, Urteil vom 21.01.1987 [âĀĀ 7 RAr 76/85](#) Rn. 18).

Â

(d) Im Ã¼brigen handelt es sich nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 18.01.2011 [âĀĀ B 4 AS 99/10 R](#) Rn. 23) auch bei der Ã¤hnlich konzipierten Regelung in [ÂĀ 37 SGB II](#) nicht um eine gesetzliche Frist i.S.v. [ÂĀ 27 SGB X](#), sondern um eine Vorschrift, die lediglich das VerhÃ¤ltnis zwischen Leistungsbeginn und Antragstellung festlegt. Nach [ÂĀ 37 Abs. 1 SGB II](#) werden Leistungen auf Antrag und zudem gemÃ¤ÃĀ Abs. 2 Satz 1 der Vorschrift (abgesehen von dem in Satz 2 geregelten Ausnahmefall) nicht fÃ¼r Zeiten vor der Antragstellung erbracht. [ÂĀ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) aber bestimmt in gleicher Weise das VerhÃ¤ltnis zwischen Eingang der Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall und Leistungsbeginn. Ã¤hnlich begrÃ¼ndet auch [ÂĀ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB XII](#) (wonach ein Antrag auf Grundsicherungsleistungen auf den Ersten des Kalendermonats zurÃ¼ckwirkt, in dem er gestellt wird, sofern die Voraussetzungen des [ÂĀ 41 SGB XII](#) innerhalb dieses Kalendermonats erfÃ¼llt werden) keine gesetzliche Frist, deren VersÃ¤umung eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ermÃ¶glicht (BlÃ¼ggel in juris-PK-SGB XII, [ÂĀ 44 Rn. 32](#); Kirchhoff in Hauck/Haines, SGB XII, 2. ErgÃ¤nzungslieferung 2024, [ÂĀ 44 Rn. 24](#)).

Â

(e) Eine teleologisch erweiternde Auslegung des [ÂĀ 27 Abs. 1 SGB X](#) Ã¼ber den eindeutigen Gesetzeswortlaut hinaus ist ebenso wenig mÃ¶glich wie eine analoge Anwendung der Wiedereinsetzungsregelung auf die Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall. Abgesehen davon, dass das Bundessozialgericht eine erweiternde Auslegung oder entsprechende Anwendung (in der bereits genannten Entscheidung vom 18.01.2011 [âĀĀ B 4 AS 99/10 R](#) Rn. 23) nicht einmal in ErwÃ¤gung gezogen hat, stehen Sinn

und Zweck des [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) einer teleologischen Extension entgegen. Folglich fehlt es auch an einer vergleichbaren Interessenlage, die bei einer analogen Anwendung zwingend vorausgesetzt wird.

Â

(aa) Allein der Umstand, dass [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#) Ãhnliche Wirkungen wie eine gesetzlich vorgegebene Frist entfaltet, indem die Anzeige Ã¼ber den Arbeitsausfall den Zeitpunkt des frÃ¼hestmÃ¶glichen Bezugs von Kug bestimmt (so Bieback, a.a.O. Rn. 31; eine der Fristsetzung vergleichbare Wirkung bejahen auch Baar/Mutschler, a.a.O.), reicht hierfÃ¼r nicht aus. Gleiches gilt im Hinblick darauf, dass insbesondere eine verzÃ¶gerte PostÃ¼bermittlung â wie hier â auch im Falle des [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) zu einem Verlust des materiellen Anspruchs fÃ¼r den vorausgegangenen Kalendermonat fÃ¼hren kann. Denn dem Risiko der verzÃ¶gerten Ã¼bermittlung von Briefsendungen unterliegt jeder Antrag auf Sozialleistungen, der per Post auf den Weg gebracht wird. [Â§ 27 SGB X](#) ermÃ¶glicht eine Wiedereinsetzung nach dem Willen des Gesetzgebers jedoch ausdrÃ¼cklich lediglich bei VersÃumung einer gesetzlichen Frist (s.o.).

Â

(bb) Abgesehen davon stehen jedenfalls Sinn und Zweck des [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) einer erweiternden Auslegung bzw. einer Analogie entgegen. Denn die Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall soll nicht nur den Anspruchsbeginn fÃ¼r das Kug festlegen und es der Agentur fÃ¼r Arbeit ermÃ¶glichen, die Voraussetzungen fÃ¼r die LeistungsgewÃhrung in dem betroffenen Betrieb zu prÃ¼fen (so ausdrÃ¼cklich BSG, Urteil vom 14.02.1989 â [7 RAr 18/87](#) Rn. 29, zu [Â§ 66 AFG](#)). Sie soll die Agentur fÃ¼r Arbeit darÃ¼ber hinaus insbesondere in die Lage versetzen, prÃventive MaÃnahmen â namentlich solche der Arbeitsvermittlung nach [Â§ 98 Abs. 4 SGB III](#) â einzuleiten (vgl. zu alledem Bieback, a.a.O. Â§ 99 Rn. 5). Hierzu gehÃ¶rt die PrÃ¼fung, ob die Bezieher von Kug an arbeitsfreien Tagen in andere zumutbare Arbeit (ZweiterbeitsverhÃltnis) vermittelt werden kÃ¶nnen (BSG, a.a.O.). Jedenfalls eine Vermittlung der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer in Arbeit, wie sie in [Â§ 98 Abs. 4 Satz 2 SGB III](#) ausdrÃ¼cklich vorgesehen ist, ist jedoch fÃ¼r Zeiten vor Zugang der Anzeige Ã¼ber Arbeitsfall bei der Agentur fÃ¼r Arbeit nicht mehr mÃ¶glich.

Â

Dabei verkennt der Senat nicht, dass [Â§ 99 Abs. 2](#) SÃtze 1 und [2 SGB III](#) ohnehin eine RÃ¼ckwirkung auf den ersten Tag des Monats vorsehen, in dem die Anzeige Ã¼ber Arbeitsausfall bei der Agentur fÃ¼r Arbeit eingegangen ist (Satz 1), bzw. des Monats, in dem das unabwendbare Ereignis eingetreten ist (Satz 2). Diese Vorverlegung auf den ersten Tag des Monats ist indes allein der EinfÃ¼hrung des Monatsprinzips geschuldet. Schon die VorgÃngerregelung in [Â§ 173 Abs. 2 SGB III](#) (i.d.F. vom 01.01.1998 bis 31.03.2012) hat den Zeitraum fÃ¼r die GewÃhrung von Kug â abweichend von der zuvor geltenden Regelung im AFG â auf den vollen

Kalendermonat festgelegt, um die Berechnung des Kug zu erleichtern. Bei der Bemessung des Kug ist seither nicht mehr die Höhe des ausgefallenen Arbeitsentgelts für jede ausgefallene Arbeitsstunde festzustellen (vgl. [§ 68 Abs. 1 AFG](#)), sondern nur noch das ausgefallene monatliche Bruttoarbeitsentgelt, und daraus das Kug zu ermitteln (vgl. [BT-Drs. 13/4941 S. 147](#) und 183). Die Neufassung der Bemessungsvorschriften zum 01.01.1998 machte konsequenter Weise eine Anpassung des Anspruchszeitraums in [§ 168 Abs. 1 Nr. 4 SGB III](#) a.F. sowie der Anzeigefristen in [§ 173 Abs. 2 SGB III](#) notwendig (vgl. BT-Drs., a.a.O. S. 185), die in [§ 99 Abs. 2 SGB III](#) (mit Ausnahme des Wechsels der Bezeichnung des Adressaten von „Arbeitsamt“ zu „Agentur für Arbeit“) unverändert übernommen wurde. Auch der Beginn der Bezugsfristen mit dem Monatsbeginn (vgl. [§ 177 Abs. 1 Satz 3 SGB III](#) i.d.F. vom 01.01.1998 bis 31.12.2003) ist Folge der Umstellung des Anspruchszeitraums auf den Kalendermonat (BT-Drs., a.a.O. S. 186). Der Gesetzgeber hat also der Vereinfachung der Berechnung des Kug (nur für den jeweiligen Monat, in dem die Anzeige über Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit eingegangen ist, Vorrang gegenüber einer möglichen Vermittlung der betroffenen Arbeitnehmer in andere Arbeit eingeräumt. Anhaltspunkte dafür, dass die rückwirkende Gewährung von Kug über dieses Monatsprinzip hinaus auch für vorausgehende Zeiträume möglich sein sollte, lassen sich der Gesetzesbegründung hingegen nicht entnehmen.

Ä

(cc) Aus diesem Grund verstößt die unterschiedliche Behandlung von gesetzlichen Fristen und der Anzeige über Arbeitsausfall zudem nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz des [Art. 3 Abs. 1 GG](#) (a.A. Estelmann, a.a.O. Rn. 79). Dieser verbietet es, eine Gruppe von Normadressaten im Verhältnis zu anderen Normadressaten anders zu behandeln, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede solcher Art und solchen Gewichts bestehen, dass sie eine Ungleichbehandlung rechtfertigen könnten; er gebietet somit, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln (BSG, Urteil vom 13.07.2010 – [B 8 SO 13/09 R](#) Rn. 14 m.N. der Rspr. des BVerfG). Für die unterschiedliche Behandlung einer Anzeige, die bei Eingang am letzten Tag des Monats die rückwirkende Zahlung von Kug ab dem Monatsanfang (also ggf. je nach Monat für bis zu 31 Tage) ermöglicht, und einer Anzeige, die wie hier am 02.05.2020 erst zu Beginn des Folgemonats eingeht und daher lediglich eine sehr viel kürzere Rückwirkung entfaltet (hierauf abstellend Estelmann, a.a.O.), besteht mit dem Monatsprinzip (s.o.) ein hinreichender sachlicher Grund.

Ä

(4) Die Klägerin kann sich ferner nicht mit Erfolg auf das richterrechtliche Institut der Nachsichtgewährung stützen. Diese Rechtsfigur, die maßgebend auf dem Gebot von Treu und Glauben ([§ 242 BGB](#)) fußt, hat das Bundessozialgericht vor Inkrafttreten des [§ 27 SGB X](#) zum 01.01.1981 für Konstellationen unverschuldeter Fristversumnisse herangezogen, um das damalige Fehlen einer gesetzlichen Wiedereinsetzungsregelung zu kompensieren. Unabhängig davon,

dass das Institut der Nachsichtgewährung durch Einföhrung des [Â§ 27 SGB X](#) seine eigenständige Bedeutung weitestgehend verloren hat (BSG, Urteil vom 8. August 2019 â [B 3 KR 18/18 R](#) Rn. 39), sind dessen Voraussetzungen hier jedenfalls nicht erföllt. Denn eine Nachsichtgewährung kommt auch nach der älteren Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nur in Betracht, wenn dafür zum einen besondere Gründe vorliegen und zum anderen die vom Gesetzgeber mit der Ausschlussfrist verfolgten Ziele sowie dabei zu berücksichtigende Interessen nicht entgegenstehen (vgl. BSG, Urteil vom 05.12.2019 â [B 3 KR 5/19 R](#) Rn. 25).

Â

Derartige besondere Gründe liegen im Falle der Klägerin jedoch nicht vor. In der bisherigen Rechtsprechung anerkannte Gründe treffen auf die Klägerin von vornherein nicht zu. So hat die Beklagte weder den versprochenen Eingang der Anzeige selbst herbeigeföhrt noch sich in Widerspruch zu ihrem früheren Verhalten gesetzt (vgl. dazu BSG, Urteil vom 17.02.1965 â [7 RAr 21/64](#) Rn. 17). Auch ist die Einhaltung der in [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) geregelten Rückwirkung der Anzeige über Arbeitsausfall nur auf den Ersten des Monats keineswegs von nur geringer Bedeutung für die Verwaltung, während bei der Klägerin erhebliche, langfristig wirksame Interessen auf dem Spiel stehen (vgl. dazu u.a. BSG, Urteile vom 25.08.1993 â [13 RJ 27/92](#) und vom 21.02.1991 â [7 RAr 74/89](#) Rn. 36 m.w.N.). Denn zum einen rechtfertigt der Zweck des [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#), die von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer in Zweit-Beschäftigungsverhältnisse vermitteln zu können, eine Begrenzung der Rückwirkung allein auf den ersten Tag des Monats (s.o.). Zum anderen hat [Â§ 99 Abs. 2 SGB III](#) nur zeitlich begrenzte Auswirkungen; denn die Klägerin verliert den Anspruch auf Kug durch die erst im Mai 2020 eingegangene Anzeige nicht dauerhaft, sondern allein für den Kalendermonat April 2020 und damit für einen relativ kurzen Zeitraum (vgl. BSG, Urteil vom 21.02.1991, [a.a.O.](#), zum Ausschluss der Nachsichtgewährung bei einem betroffenen Zeitraum von nur einem Monat).

Â

Der (soweit ersichtlich in der Rechtsprechung zur Nachsichtgewährung bisher nicht beurteilte) Umstand, dass der späte Eingang der Anzeige über Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit maßgeblich von einem Dritten zu verantworten ist â hier von der Deutschen Post AG, die für die Übermittlung der per Einwurf-Einschreiben übermittelten Anzeige ganz erheblich länger benötigt (sechs Werktage) hat als nach ihren eigenen Zielvorgaben (zwei Werktage) vorgesehen â rechtfertigt ebenfalls keine Nachsichtgewährung. Die Nachsichtgewährung kann nicht dafür herangezogen werden, eine in ganz bestimmter Weise festgelegte Verteilung der Verantwortungsbereiche aufzubrechen (BSG, Urteil vom 05.12.2019 â [B 3 KR 5/19 R](#) Rn. 25). Das Gesetz weist es jedoch dem Verantwortungsbereich der Klägerin zu, den Eingang der Anzeige über Arbeitsausfall sicherzustellen (vgl. [Â§ 99 Abs. 2 Satz 1 SGB III](#)). Dabei stellt es ohnehin mit einer elektronischen Anzeige (vgl. [Â§ 99 Abs. 1 Satz 1 SGB III](#)) eine Möglichkeit zur Verfügung, die belegbare Übermittlung der Anzeige bis zum

Monatsende sicher zu gewährleisten. Auch kann die Anzeige vom Arbeitgeber selbst bei der Agentur für Arbeit eingeleistet werden. Nutzt ein Arbeitgeber stattdessen den weniger sicheren Vermittlungsweg per Post und überwacht sodann nicht den rechtzeitigen Eingang der Anzeige, so hat er die mit einem unerwartet späten Anzeigeeingang erst nach Überschreiten der Monatsgrenze verbundenen negativen Folgen für den Kug-Anspruch selbst zu verantworten. Das gilt im Falle der Klägerin umso mehr, als zu Beginn der Covid-19-Pandemie sich auch die Postzustellung auf die neue, bisher unbekannte Gefährdungssituation der Pandemie einzustellen hatte, ein Vertrauen in eine unverzügliche Postzustellung deshalb zudem fraglich und daher für die Klägerin erkennbar weniger verlässlich erschienen sein mag als in Zeiten vor der Pandemie.

Ä

(5) Die Klägerin ist schließlich nicht im Wege eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs so zu stellen, als hätte sie die Anzeige über Arbeitsausfall noch im April 2020 erstattet. Ein solcher Herstellungsanspruch ist auf die Vornahme einer Amtshandlung zur Herstellung desjenigen Zustands gerichtet, der bestehen würde, wenn der Leistungsträger die ihm aus einem Sozialrechtsverhältnis erwachsenden Nebenpflichten ordnungsgemäß wahrgenommen hätte (st. Rspr. des BSG, vgl. schon Urteil vom 21.02.1991 – [7 RAr 74/89](#) Rn. 35 m.w.N.). Voraussetzung für einen solchen Anspruch ist u.a. ein Beratungsfehler oder ein sonstiges rechtswidriges Verhalten der Beklagten. Derartiges ist im Falle der Klägerin von vornherein nicht erkennbar.

Ä

C) Die Kostenentscheidung beruht auf [Ä§ 193 SGG](#).

Ä

D) Der Senat lässt die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung ([Ä§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG](#)) zu.

Ä

Erstellt am: 14.11.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024